

DIE GRENZE DER MEINUNGSFREIHEIT

13 -16 JAHRE

Die Grenze der Meinungsfreiheit

- Inhalt:** Laut Artikel 5 unseres Grundgesetzes hat jeder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten, ohne Zensur zu fürchten. Das heißt aber nicht, dass man überall und immer alles sagen kann was man will. Meinungsfreiheit hat Grenzen. Sie liegen immer dort, wo Menschen oder die Gesellschaft vor Schaden zu schützen sind. Doch wo genau sind die Grenzen zu ziehen?
- Zielgruppe:** 13 – 16 Jahre
- Form:** Gruppengröße 1 – 10 Teilnehmer
- Dauer:** 5 - 10 Min
- Material:** längeres Seil, ausgedruckte Karten mit Aussagen zum zeigen

Anleitung:

- Moderator legt das Seil gerade auf dem Boden und erklärt die Regeln:
 - Das Seil symbolisiert die Grenze der Meinungsfreiheit.
 - Es werden Kommentare aus dem Internet vorgelesen, ggf. Hintergrundinformationen gegeben
 - Mitspieler bewerten, ob Kommentare von Meinungsfreiheit gedeckt sind oder nicht
 - Sie positionieren sich dazu vor oder hinter dem Seil bzw. der Grenze und begründen ihre Meinung
- Nach jeder Aussage löst der Moderator auf und gibt zusätzliche Informationen.
- **Ende des Spiels:** Der Moderator nimmt das Seil in die Hand und legt es in Wellen und erklärt: Es ist wichtig zu wissen, dass es eine Grenze der Meinungsfreiheit gibt, auch wenn diese nicht gradlinig verläuft. Für eine Beurteilung ist immer der Kontext entscheidend. Im Netz gibt es viel Has. Dagegen muss man aktiv werden - auch wenn sie rechtlich nicht gegen ein Gesetz verstoßen.

Wichtige Hinweise zur Meinungsfreiheit – bitte vor Durchführung lesen (1)

- Regelt ist unsere Meinungsfreiheit in Artikel 5 unseres Grundgesetzes (GG). Dort steht:
„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“
- Die Grenze der Meinungsfreiheit wird immer dann überschritten, wenn andere Rechte verletzt werden, z.B. markieren das Strafgesetzbuch oder weitere Stellen im Grundgesetz diese Grenzen der Meinungsfreiheit:
Artikel 1 GG: (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
Artikel 3 GG: (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.
- Eine Meinung ist ein persönliches Werturteil, es kann nicht „richtig“ oder „falsch“ sein, man kann sie nicht überprüfen. Eine Tatsachenbehauptung dagegen, muss beweisbar bzw. überprüfbar sein. Unwahre Tatsachenbehauptungen sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.
- Meinungsfreiheit gilt in der digitalen Welt genauso wie in der analogen.
- Ohne das Recht, seine Meinung öffentlich und privat frei äußern und sich ungehindert informieren zu können, ist eine eigenverantwortliche und wirkungsvolle Teilnahme am politischen Geschehen nicht möglich.

Wichtige Hinweise zur Meinungsfreiheit – bitte vor Durchführung lesen (2)

Die Missverständnisse rund um die Meinungsfreiheit

- Meinungsfreiheit bezieht sich darauf, im Rahmen der rechtlichen Bedingungen nicht dafür bestraft zu werden, wenn man seine Meinung äußert. Es bedeutet aber nicht, dass ein Recht darauf besteht, dass sie auch überall veröffentlicht, aufgegriffen oder unkritisiert stehen bleiben muss.
- Meinungsfreiheit bezieht sich auf staatliche Gewalt – in den sozialen Medien z.B. den Gemeinschaftsstandards von Facebook, können Aussagen schneller sanktioniert werden.
- Ob mit einer Äußerung die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten wurden, hängt vom Kontext ab, d.h. in welchem Umfeld, unter welchen Umständen, welche Worte gewählt wurden. Gerichte prüfen z.B. immer, ob eine Aussage doppeldeutig ist, also auch anderes verstanden werden könnte. Das kann dazu führen, dass Äußerungen unterschiedlich beurteilt werden, eine Grenze nicht eindeutig gezogen werden kann.

Warum ist es wichtig, die Grenzen der Meinungsfreiheit zu kennen?

- Meinungsfreiheit ist eine der wichtigsten Grundlagen in einer Demokratie. Nur dort wo Menschen sich frei äußern und über ihre Meinungen diskutieren können, können sie aktiv an demokratischen Prozessen teilnehmen.
- Sie erfordert Toleranz, aber auch die Orientierung an gesellschaftlichen Werten und Einhaltung demokratischer Gesetze.

Was kann man tun, wenn die Grenze der Meinungsfreiheit überschritten wurde?

- Laut Netzwerkdurchsetzungsgesetz sind Plattformbetreiber verpflichtet, Hasskommentare zu prüfen und innerhalb von 24 Stunden zu löschen, wenn sie strafrechtlich relevant sind. Die eigenen Richtlinien der Plattformbetreiber gegen Hass im Netz gehen dabei oft über die gesetzlichen Regelungen hinaus.
- Hass darf in den sozialen Netzwerken nicht stehen bleiben. Man kann Hasskommentare melden z.B. dem Plattformbetreiber selbst oder Organisationen wie ‚Hassmelden.de‘, bei der Polizei anzeigen (vorher Beweismittel sichern!) oder selbst oder in Gruppen dagegen kommentieren (Counterspeech).

„Der Sebastian hat gestern
wieder geklaut!“

Aussage

„Der Sebastian hat
gestern wieder
geklaut!“

Von Meinungsfreiheit gedeckt?

Nein (wenn es sich um eine Lüge handelt)

Hintergrundinformationen

- Wer eine Äußerung über einen Anderen tätigt, obwohl er genau weiß, dass es eine Lüge ist, macht sich strafbar nach § 187 Strafgesetzbuch „Verleumdung“, es droht eine Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren.
- Noch interessant: Selbst wenn der Satz in dem Glauben geäußert wurde, dass es wahr sein könnte, kann es sich um „üble Nachrede“ nach § 186 Strafgesetzbuch handeln und ist strafbar.
- Wenn es wahr ist und es sich um eine Tatsache handelt, die bewiesen werden kann, darf es auch gesagt werden.

„Behinderster Lehrer ever!“

Aussage

„Behinderter
Lehrer ever!“

Kontext der Aussage

- Die Aussage wurde zusammen mit einem Foto des Lehrers von einer Schülerin (14) auf Social Media veröffentlicht.

Auflösung: Von der Meinungsfreiheit gedeckt?

Nein

Hintergrundinformationen

- Gerichtsurteil: Es liegt eine Beleidigung nach § 185 Strafgesetzbuch vor.
- Die Schülerin zeigte sich einsichtig und löschte Bild und Text nach Aufforderung, daher milderes Strafmaß: 20 Arbeitsstunden gemäß Jugendgerichtshilfe
- Noch interessant: Beleidigung ist die am häufigsten angezeigte Straftat im Netz.

„Vollpfosten sind Vollpfosten
und basta.“

Aussage

„Vollpfosten sind Vollpfosten und basta.“

Kontext der Aussage

- Facebook-Kommentar, gerichtet an einen rechten Aktivist unter einem Artikel zur Seenotrettung im Mittelmeer
- Facebook wertete den Kommentar als Beleidigung, löschte diesen und sperrte den Account der Schreiberin für 30 Tage

Auflösung: Von der Meinungsfreiheit gedeckt?

Ja

Hintergrundinformationen

- Gerichtsurteil: Vollpfosten sei wie Dummkopf zwar herabwürdigend, Kommentar sei in diesem Fall aber von Meinungsfreiheit gedeckt, da er im Rahmen einer politischen Diskussion geäußert wurde. Auch seien die Gemeinschaftsstandards von Facebook nicht verletzt worden
- Facebook hätte daher den Account nicht sperren und den Kommentar nicht löschen dürfen

„Sie sind eine
durchgeknallte Frau.“

Aussage

„Sie sind eine durchgeknallte Frau.“

Kontext der Aussage

- Aus einem Online-Kommentar zu einer Fotoserie von einer ehemaligen Landtagsabgeordneten in einer Zeitschrift

Auflösung: Von der Meinungsfreiheit gedeckt?

Nein

Hintergrundinformationen

- Bundesverfassungsgericht hob erstes Gerichtsurteil auf und entschied: Äußerung ist ehrverletzend, verstößt gegen das Grundgesetz (freie Persönlichkeitsentfaltung/ Menschenwürde)
- Grundsätzlich dürfe sich über Veröffentlichung der Fotoserie zugespitzt und polemisch geäußert werden. Aber, die Äußerung ziele im Gesamtkontext darauf ab, der ehemaligen Landrätin provokativ und absichtlich verletzend jeden Achtungsanspruch als private Person abzusprechen.
- Das sei erkennbar, da dieser bewusst als verletzender Text geschrieben und gepostet und nicht im Affekt geäußert wurde.

„Tausende Covidioten feiern sich in
Berlin als 'die zweite Welle', ohne
Abstand, ohne Maske.“

Aussage

„Tausende
Covidioten feiern
sich in Berlin als
'die zweite Welle',
ohne Abstand,
ohne Maske.“

Kontext der Aussage

- so geäußert von einer Bundespolitikerin
- gerichtet an die Teilnehmer der Corona-Demonstration am 01.08.20 in Berlin, die gegen geltende Hygiene- und Abstandsvorschriften verstoßen hatten

Auflösung: Von der Meinungsfreiheit gedeckt?

Ja

Hintergrundinformationen

- Hunderte von Strafanzeigen wegen Beleidigung wurden gestellt
- Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft Berlin:
Formulierung "Covidiot" ist als Meinungsäußerung in der politischen Auseinandersetzung nicht strafbar und von der Meinungsfreiheit gedeckt